

Corona kostet Österreich rund 60 Mrd. Euro. Kommen Sparpakete?

Betriebliche Altersvorsorge hilft Steuerlast zu senken.

Im Corona-Jahr 2020 stieg die **Neuverschuldung** des österreichischen Staates „**beispiellos stark an**“. Konkret wuchs der Schuldenstand von 70,5 % des BIP im Jahre 2019 auf über 87 %, wie DER STANDARD recherchierte. **Wer zahlt das zurück?**

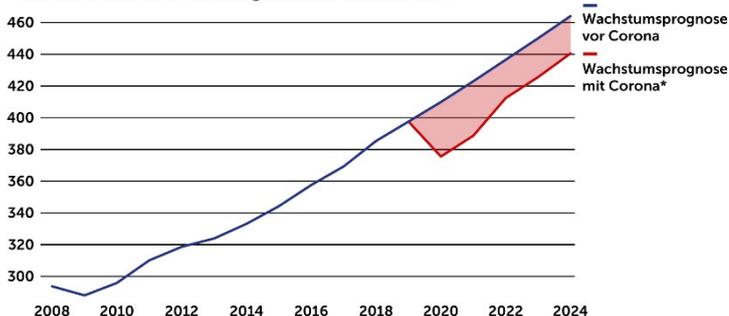
Es gibt Politiker, die der Meinung sind, dass dieser Anstieg nicht bedenklich sei, weil aktuell die Zinsen praktisch bei null liegen und durch das zu erwartende Wirtschaftswachstum wir aus den Schulden heraus wachsen würden.

Kritiker argumentieren, dass zwar aktuell die Zinsen tatsächlich extrem niedrig sind, aber künftig wieder steigen werden. Zudem werden auch andere Ausgaben des Staates, wie etwa jene für Pflege, Pensionen und Klimaschutz in den kommenden Jahren weiter steigen, was schon bisher **Warnrufe von internationalen Experten** nach Österreich auslösten. Wir haben schon mehrmals darüber im BAV-Newsletter berichtet. Etwa im Juni des Vorjahres. [Hier zum Nachlesen...](#)

Und krisenbedingt würden die Steuereinnahmen längere Zeit weiter unter Plan bleiben, weil die **Wirtschaftsleistung besonders stark gesunken** ist und sich nur langsam erholen wird. Diese Sicht bestätigt auch eine aktuelle Untersuchung des Think Tanks Agenda Austria, der die Misere in einer einprägsamen Graphik präsentiert:

Was uns Corona kostet

– nominelle Wirtschaftsleistung (BIP), in Milliarden Euro



2020 habe den **schwersten Wirtschaftseinbruch** (minus 6,6 Prozent) seit Beginn der Aufzeichnungen gebracht. Die **Wohlstandsverluste** werden sich für die Jahre 2020 bis 2024 auf ungefähr 140 Milliarden Euro summieren. Und rechnet man noch die Kosten des Staates hinzu, um die Wirtschaft zu stabilisieren, käme man auf mehr als **175 Milliarden Euro**. So Agenda Austria.

Graphik: Agenda Austria

Quellen: Statistik Austria, Wifo.
Anmerkung: Mittelfristprognosen, *Öffnungsszenario.



Es werde zwar ein Aufholen der Verluste geben, aber selbst im Jahr **2024 wird die Wirtschaftsleistung noch über 20 Milliarden Euro geringer** ausfallen als in einer Welt ohne Corona.

„Auch wenn das Ende der Lockdowns hoffentlich der Startschuss für den Aufholprozess ist, wird uns die Krise auch in den kommenden Jahren Wirtschaftsleistung und Einkommen kosten. Besonders am Arbeitsmarkt werden wir noch Jahre brauchen, um die Krise zu bewältigen“, sagt Agenda Austria-Ökonom Hanno Lorenz.

Fiskalrat zeichnet ein ernstes Bild

Der Fiskalrat, der im Auftrag des Staates die Budgetlage Österreichs überwacht, legte durch Martin Kocher, damaliger Chef des Fiskalrats und des Instituts für Höhere Studien (IHS) aktuelle Zahlen auf den Tisch. Danach kostet die Covid-19-Pandemie rund 38,3 Mrd. alleine im Jahr 2020 und weitere 22,5 Mrd. im Jahr 2021. Also **rund 60 Mrd. Euro.**

Finanziert wird das durch eine **explodierende Neuverschuldung auf 10,1 %**. Auch im nächsten Jahr erwartet man noch 6,4 % Defizit. Zwei Zahlen zur besseren Einschätzung der aktuellen Situation: Das Defizit im Jahr 2009 – Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – betrug „nur“ 5,3 %. Und wir erinnern uns, dass wir vor Corona einen leichten Budgetüberschuss hatten, seither hat sich der Budgetsaldo um 40 Mrd. Euro verschlechtert.

Besonders auffällig: Die Neuverschuldung in Österreich steigt **deutlich stärker an als jene Deutschlands**. Dafür nannte Kocher zwei Gründe. Einerseits „dass die Pandemie in Österreich härter gewütet hat“ und dass der „Tourismus in Deutschland nur eine untergeordnete Rolle spiele“.

Wer zahlt die Zeche?

Wie zu erwarten, empfiehlt der Fiskalrat als langfristiges Ziel die Rückführung der Staatsverschuldung auf das Vorkrisen-Niveau, um wieder finanziellen Spielraum für künftige Krisen zu erlangen. Aber das wird nicht rasch und nicht einfach gehen. Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent im Jahr (was nur selten in den letzten 20 Jahren erreicht wurde) und einer Neuverschuldung von 1,5 Prozent **wird es bis 2040 dauern**, um den Schuldenstand auf das Niveau **vor der Krise zu drücken**. Also das „Herauswachsen aus den Schulden“, von dem am Anfang des Beitrags die Rede war, wird lange dauern.

Pensionssystem neu verhandeln

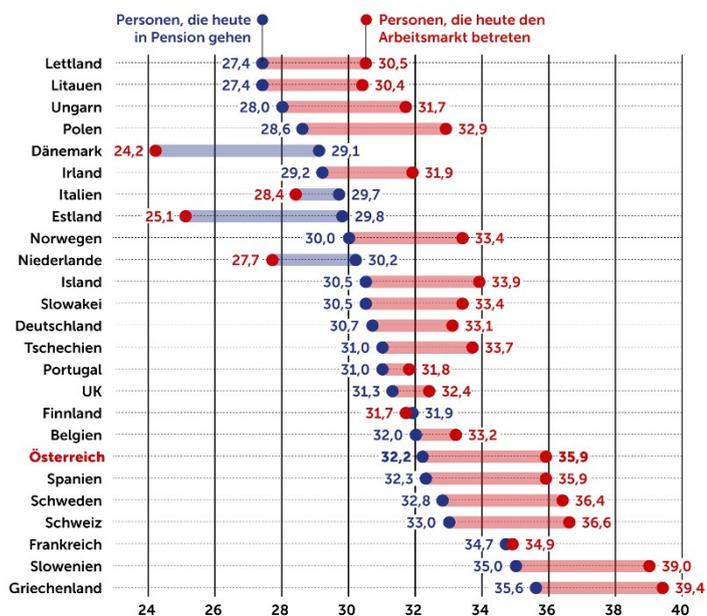
Steuererhöhungen oder Sparpakete wurden von Martin Kocher in seiner damaligen Rolle nicht gefordert, sehr wohl sprach er von Strukturreformen und als Beispiel nannte er "Pensionsanpassungen".

Dass **Reformen im staatlichen Pensionssystem nötig** sind, fordern nationale und internationale Experten schon seit Jahren. Wir berichten auch regelmäßig im BAV-Newsletter darüber. Zuletzt im Feber: Pensionssystem nicht den Aufgaben des 21. Jahrhunderts gewachsen. [Zum Nachlesen hier klicken...](#)

In diese „**Pensions-Wunde**“ legt regelmäßig auch Agenda Austria seine Finger: Zuletzt wurde wieder eine einleuchtende Graphik erarbeitet, die zeigt, warum das österreichische Pensionssystem am Limit ist.

Immer länger in Pension

– Dauer der Pension, in Prozent der Lebenszeit im erwachsenen Alter



Quelle: OECD.

Anmerkung: Die Dauer des Ruhestands markiert die restliche Lebenserwartung nach dem Pensionseintritt. Das Erwachsenenleben beginnt ab dem 21. Lebensjahr.

Lesbeispiel: Mit 65 Jahren beträgt die Lebenserwartung in Österreich noch 21,4 Jahre.

Somit verbringt eine Person, die heute in Pension geht, 32,2 % ihres Erwachsenenlebens im Ruhestand.



Diese Graphik zeigt, dass **Österreich zur Spitze Europas** zählt, weil wir extrem lange unsere Pension genießen können. Wer zum gesetzlichen Antrittsalter in Pension geht, kann 21,4 Jahre im Schnitt die Pension genießen, das wären 32,2 % des erwachsenen Lebensalters. Und diese Zahlen wachsen in Österreich durch **Zunahme der Lebenserwartung auf 35,9 %**.

Gleichzeitig wird die Zahl der Pensionisten im Jahr 2050 um eine Million angestiegen sein, während die Erwerbsbevölkerung um einige Hunderttausend gesunken sein wird. Damit wächst die Gefahr, dass die **Jungen die finanziellen Lasten des Sozialstaates nicht mehr stemmen** können (oder wollen).

Auf diese Quadratur des Kreises (weniger Einzahler, späterer Berufseintritt sowie mehr Pensionisten, längere Lebensdauer) haben wir auch schon mehrmals verwiesen. **Zum Nachlesen** etwa im BAV-NL vom Dezember 2020: Milliardenloch im staatlichen Pensionssystem. [Hier klicken...](#)

Graphik: Agenda Austria

Daher werden in einigen Ländern bereits die **Pensionssysteme an die steigende Lebenserwartung angepasst**, so der Agenda Austria-Ökonom Dénes Kucsera. Und schließt: „Wenn die Regierung schon nicht bereit ist, das öffentliche System so zu reformieren, dass es nachhaltig finanziert werden kann, so sollte sie jungen Menschen zumindest die Möglichkeit geben, selbst etwas für die Vorsorge zurückzulegen“. Und fordert dass **private und betriebliche Vorsorge ausgebaut** und modernisiert werden müssen, um die staatliche Säule zu stützen und den gewohnten Lebensstil auch in der Pension genießen zu können.

Auch wenn es noch nicht ausgesprochen wurde. Aber **Sparpakete und Steuererhöhungen werden wohl kommen**, um die neuen Schulden wieder abzutragen. Da dies – wie oben von Herrn Kocher beschrieben – etwa 20 Jahre dauern wird, muss man wohl davon ausgehen, dass uns eine höhere Steuerlast längere Zeit begleiten wird.

Umso wichtiger werden **Instrumente, mit denen man die Steuerlast senken** kann. Und hier sollte die **betriebliche Vorsorge** eine wichtige Rolle einnehmen. Nicht nur kann man seine persönlichen Abgaben reduzieren. Sondern bei gleichem Veranlagungs-Risiko am Markt ergibt sich auch ein besseres Ergebnis für die Kunden.

Für Sie als Beraterin, Berater gilt es den Verdrängungsmechanismus der Kunden zu durchbrechen. Viele halten die Pensionen für sicher. Was wohl so sein wird. Klären Sie aber über die oben beschriebenen **Struktur-Probleme des staatlichen Pensionssystems**, also die erste Säule auf. Denn um den bisherigen Lebensstil in der Pension aufrechterhalten zu können, wird es nötig sein, **privat und betrieblich vorzusorgen**.

Quellen: DER STANDARD, Agenda Austria

Mag. Günter Wagner, B2B-Projekte für Finanz- und Versicherungsbranche (www.b2b-projekte.at)